LUDWIGSBURG

Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Dienstag, 26.09.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Projekt "Babyfreundliches Ludwigsburg"**
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Der Bericht erfolgt durch Herrn **Dahler** (FB Sport und Gesundheit). Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Mit Wortbeiträgen der Stadträte **Kube**, **Kasdorf**, **Moersch, Faulhaber** und **Daferner** bedanken sich die Gremiumsmitglieder für die Präsentation. Man befinde sich auf dem richtigen Weg; es handle sich um eine gute Kampagne.
Stadträtin **Orzechowski** zeigt den Mangel an Hebammen auf. EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass die Feststellung richtig sei, es sich aber um kein kommunales Thema handle. Es drehe sich beim Mangel im Hebammenberuf, teils auch um eine Frage der Finanzierung bzw. Bezahlung.

TOP 2 **Projektbericht Ludwigsburger Modell "Sprache bilden und fördern"**
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Der Bericht/Zwischenbericht erfolgt durch Frau **Schmitz** und Herrn **Wittmann** (FB Bildung und Familie). Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Mit Wortbeiträgen der Stadträte **Seyfang, Kasdorf, Daferner, Moersch** und **Heer** bedanken sich die Stadträte für den Vortrag und die Erläuterungen. Frau Schmitz beantwortet kleinere Rückfragen der Stadträte. Stadtrat **Daferner** führt aus, lobenswert sei auch das Engagement der Kreissparkasse Ludwigsburg. Stadtrat **Heer** weist darauf hin, dass die Arbeit im Hinblick auf die Zuwanderung nicht weniger werde. Die Entwicklung des Ludwigsburger Modells „Sprache bilden und fördern“ sei gut. Aber auch die Eltern müssten ihren Teil zur Sprachentwicklung beitragen.

TOP 3 **Bericht aus dem Wissenszentrum**
- Stadtbibliothek: Ergebnisse der Kundenbefragung 2017
- VHS: Deutsch als Fremdsprache
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Der mündliche Bericht erfolgte durch Herrn Stierle (FB Bildung und Familie - Bibliothek) und Frau Wörner (VHS). Die jeweiligen Präsentationen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Im Zusammenhang mit dem Bericht der Stadtbibliothek erinnert Stadträtin Faulhaber an den Antrag 332/16 „Ausweitung des Einsatzes von Piktogrammen zur Orientierung im Öffentlichen Raum in öffentlichen Gebäuden". **EBM Seigfried** teilt mit, er werde den Sachstand der Antragsbearbeitung eruieren. Abschließend bedankt er sich bei den Referenten und allen Beteiligten.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales nimmt die Berichte zur Kenntnis

TOP 4 **Bericht zur Situation in der Anschlussunterbringung** **Vorl.Nr. 348/17**

Beratungsverlauf:

Der Bericht erfolgt durch Herrn **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung). In ausführlicher Form erläutert Herr Mayer die Vorlage 348/17. In seinem Bericht geht er darauf ein, dass im Hinblick auf die Anschlussunterbringung zeitnah und sehr dringend weitere Standorte für die Errichtung neuer Unterkünfte benötigt werden. Die Verwaltung werde in Kürze hierzu Vorschläge unterbreiten. Bisher konnten immerhin schon 40 Personen eigene Wohnungen finden; seitens der Stadt und der Betreuerteams werden Flüchtlinge intensiv unterstützt, um auf dem Wohnungsmarkt selbständig zu werden.
Es werde deutlich, dass dringend neue Wohnbauflächen erforderlich seien. Ohne neue Angebote auf dem Wohnungsmarkt werde es nicht gelingen, Mietwohnungen für Menschen mit geringem Einkommen und für Flüchtlinge zu finden.
Ergänzend weist er darauf hin, dass die enorme Zunahme in der Anschlussunterbringung, also die Betreuung von Flüchtlingen in kommunaler Verantwortung, auch eine Aufstockung aller Ressourcen, insbesondere auch des in diesem Bereich tätigen Personals erforderlich mache.

EBM **Seigfried** ergänzt, es seien weitere Gespräche mit dem Landkreis avisiert. Ihn wundere, dass das für die Kommunen wichtige Thema der Unterbringung, in der öffentlichen Wahrnehmung an den Rand getreten sei. Die Prognosen des Landkreises für die Anschlussunterbringung seien in den vergangenen Jahren immer zu hoch gewesen. Allerdings gebe es keine Sicherheit, dass dem wieder so sei. Zum Jahresende werde man in der Anschlussunterbringung „proppenvoll" sein.
Die Unterbringung von Flüchtlingen sei eine der Stadt auferlegte Aufgabe, die so gut wie möglich erfüllt werde. Aber es müsse auch gesehen werden, dass ein riesiger Nachholbedarf im Wohnungsbau vorhanden sei. D.h. neben der Schaffung von Wohnraum für Wohnungssuchende und Kaufinteressenten werden noch zusätzliche Unterkünfte als Flüchtlingsunterkünfte benötigt. Die Stadtverwaltung werde in Kürze mit Standortvorschlägen auf die Stadträte zukommen.
In der Unterbringung des Kreises seien noch Kapazitäten vorhanden. Hier hoffe die Stadt, dass man Unterkünfte übernehmen könne. Die Gespräche hierüber laufen. Es werde seitens der Verwaltung aber auch darauf geachtet, dass alle Kommunen innerhalb des Landkreises ihren

Anteil erbringen und keine Ungleichbehandlung entstehe.

EBM Seigfried weist darauf hin, dass sich manche Flüchtlinge auch selbst helfen können und aus der Anschlussunterbringung rausfallen. Auch werden Flüchtlinge teilweise rückgeführt und fallen aus diesem Grund aus der Anschlussunterbringung heraus. In jedem Fall müsse seines Erachtens aber der Wohnungsbau angekurbelt werden, was derzeit mit der Ausweisung von neuen Wohngebieten in Ludwigsburg bereits geschehe.

Klar sei, dass für die genannten 595 Menschen keine neuen Objekte geschaffen werden können. Man müsse mit den drei Mitteln: Nutzung von kreiseigenen Einrichtungen, Nutzung von Flüchtlingsunterkünften, die nicht dem Wohnungsmarkt entzogen werden und der Stärkung des Wohnungsmarktes versuchen, die Anschlussunterbringung sicherzustellen.

Aufgrund des Mangels an Wohnungen könne auch bei Anfragen zur Aufhebung von Wohnsitzauflagen, nicht zugestimmt werden.

Stadtrat **Meyer** bedankt sich für die Ausführungen und bittet zeitnah um mögliche Standortvorschläge. Es handle sich um eine Pflichtaufgabe der Kommune. Ein Delta von 300 - 400 Personen sei groß. Mit einer dezentralen Unterbringung habe man bereits gute Erfahrungen gemacht. Auch seien die Cubes der Wohnungsbau gut geeignet und etwas schneller zu bauen. Man benötige Standortvorschläge. Der Apell gehe auch an die Wohnbau Ludwigsburg, die Wohnbau GmbH habe auch stadtgesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Ohne zusätzlichen Wohnungsbau werde man nicht weiterkommen.

Stadtrat **Kasdorf** weist auf das friedliche und gute Zusammenleben mit den Geflüchteten hin. Dies funktioniere auch mit den unbegleiteten, minderjährigen Ausländern (UMAs) in der Strombergstraße. Eine Neiddebatte solle vermieden werden. Daher finde er es gut, dass entsprechend den Ausführungen von EBM Seigfried, Wohnen für alle angeboten werden soll. Er bezweifle, dass noch Reserven vorhanden seien. Die Bauweise der Cubes sei für gut befunden worden. Er gehe daher vom Bau von weiteren ca. 5 – 6 Objekten aus. Er hoffe auf kluge und kreative Standortvorschläge der Stadtverwaltung; dezentral und integriert. Der Landfahrerplatz sei keine „1 a-Lage“. Er erkundigt sich, weshalb sich die Anrechnung der UMAs verschlechtere.

Stadtrat **Daferner** bittet um zeitnahe Standortvorschläge. Er hätte bereits in heutiger Sitzung mit Vorschlägen gerechnet. Er erkundigt sich welche Kreisgemeinden ihrer Verpflichtung zur Unterbringung nicht nachkommen. Weiter möchte er wissen, wie der Sachstand beim Bau der Unterkunft in Pattonville/Kornwestheim/Remseck ist. Dies sei relevant für eine evtl. Planung von Unterbringungsmöglichkeiten in Grünbühl-Sonnenberg und ob diesem Stadtteil weitere Unterkünfte zugemutet werden können. Außerdem möchte er wissen, was der Anstieg an UMAs für die Stadt bedeute.

Bei seinen Ausführungen teilt Stadtrat **Dengel** mit, die Vorgehensweise der Stadtverwaltung der dezentralen Unterbringung werde weiterhin unterstützt. Es seien noch keine sozialen Diskrepanzen zu erkennen, dies liege auch an der unverzichtbaren Arbeit der ehrenamtlich Tätigen. Hierauf werde man allerdings nicht immer weiter darauf zurückgreifen können. Auch werde erwartet, dass private Bauträger mehr in den Wohnungsbau miteingebunden werden.

Wohnungen seien knapp, führt Stadtrat **Heer** aus. Der Weg mit Modulbauten, wie dem Cube 11 zu reagieren, sei richtig. Die Nachnutzung müsse im Auge behalten werden. Erforderlich sei nun eine Liste mit Standortvorschlägen. Neuer Wohnraum müsse geschaffen werden.

EBM **Seigfried** erläutert, der von Stadtrat Kasdorf angesprochene Familiennachzug sei in Ludwigsburg noch gering, aber auch schwer zu beziffern. Durch Befragung versuche man validerere Daten zu erhalten.
Im Anschluss erläutert EBM Seigfried das Anrechnungsverfahren des Kreises zur Unterbringung von UMAs. Er bittet beim Kreis direkt zu erfragen, welche Kommunen ihrer Verpflichtung zur

Unterbringung nicht nachkommen.
Zum Thema Pattonville teilt EBM Seigfried mit, dass derzeit Gespräche und Prüfungen stattfinden. Es gäbe seitens der Nachbarkommunen evtl. auch die Überlegung sozialen Wohnungsbau zu realisieren. Man befinde sich im Dialog.
Das angesprochene Ehrenamt sei wichtig, teilt EBM Seigfried mit. Allerdings dürfe es keine staatliche Ersatzleistung sein. Es werde von der Stadtverwaltung versucht Unterstützung auch im Ehrenamt anzubieten, aber niemandem werde das Ehrenamt aufgebürdet.

Am Ende dieses Tagesordnungspunktes erfolgt eine Diskussion über die Kultur des Ehrenamts in der Stadt an welcher sich die Stadträte Dengel, Meyer, Daferner, Moersch, Dr. Traub und Kube beteiligen.

TOP 5 **Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen**
- aktuelle Entwicklung und erforderliche Maßnahmen
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Der Bericht erfolgt durch Herrn **Bauer** (FB Bildung und Familien). Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtrat **Daferner** erkundigt sich, ob es stimme, dass die fertig Ausgebildeten zunächst nur einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten. Weiter erkundigt er sich, wie andere Träger auf den Fachkräftemangel reagieren und ob es ein gemeinsames Trägervorgehen gebe. Einen „Trägerkampf“ möchte er vermeiden.

Stadtrat **Meyer** bedankt sich für die Erläuterungen und für die von Herrn Bauer persönlich geführten Gespräche mit den Eltern, deren Kinder aufgrund des Erziehermangels keinen Platz in einer Kinderkrippe erhalten haben.
Stadtrat **Heer** stellt zur Diskussion, ob es evtl. überlegenswert sei, eine eigene Betriebskindertagesstätte bei der Stadt Ludwigsburg einzurichten. Stadtrat **Rothacker** erkundigt sich, ob andere Träger evtl. bessere Leistungen und Leistungsanreize für Mitarbeiter bieten.
Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** regt an, evtl. das Thema „Gehalt“ in den Haushaltsberatungen anzusprechen.

Herr **Bauer** beantwortet die aufgeworfenen Fragen. So werde seit ca. 1 Jahr, analog zu den anderen städtischen Auszubildenden, die Praktikantinnen nach der Ausbildung befristet für 1 Jahr übernommen. EBM **Seigfried** ergänzt, wenn eine freie Stelle vorhanden ist, erfolge die Beschäftigung im unbefristeten Arbeitsverhältnis. Grundsätzlich sei eine Änderung dahingehend denkbar, dass alle Auszubildenden in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen werden. Welche Auswirkungen dies auch im Haushalt haben würde, werde geprüft.
Herr Bauer führt weiter aus, die Stadt zahle tarifkonform. Trägerübergreifende, gemeinsame Bestrebungen hinsichtlich des Fachkräftemangels gebe es derzeit nicht. Im Seepferdchen seien sechs Plätze für Mitarbeiter der Stadt reserviert. EBM Seigfried ergänzt, die Plätze für Mitarbeiter reichen nicht aus. Bisher sei es so geregelt, dass Erzieherinnen ihre Kinder nicht in den Kindergarten mitbringen dürfen. Hier werde noch die Möglichkeit für Verbesserungen für die Mitarbeiter gesehen. Allerdings stehen die Plätze, die für Kinder von Mitarbeiterinnen von außen in Anspruch genommen werden, nicht mehr für Ludwigsburger Kinder zur Verfügung.
Hinsichtlich der Bezahlung seien in den vergangenen Jahren die stärksten Gehaltssprünge im öffentlichen Dienst im Erzieherbereich zu verzeichnen gewesen. Zu den freien Trägern gebe es in der Bezahlung nur geringe Unterschiede.

TOP 6 **Förderung der Kultur I Jugendherberge Ludwigsburg** **Vorl.Nr. 327/17**

Beschluss:

Der Gewährung eines anteiligen Zuschusses für 2018 in Höhe von 193.000 Euro sowie einem anteiligen Darlehen in Höhe von 135.000 Euro für das Deutsche Jugendherbergswerk (DJH) wird zugestimmt.

Voraussetzung bleibt, dass das DJH über alle Bauabschnitte mindestens 3,4 Mio. EUR investiert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Haller
- Stadtrat Meyer

Beratungsverlauf:

Eine Aussprache wird nicht gewünscht. EBM Seigfried lässt über die Vorlage 327/17 abstimmen.

TOP 7 **Zuschüsse in Dach und Fach: Diverse Baumaßnahmen der Katholischen Kirche 2012-2016** **Vorl.Nr. 193/17**

Beschluss:

Die Sanierungsmaßnahmen in sechs katholischen Kindertageseinrichtungen aus den Jahren 2012 bis 2016 werden nachträglich bewilligt. Der Träger erhält eine Förderung in Höhe von insgesamt 156.913,17 €, entsprechend der in den Jahren 2012-2015 geltenden Fördervereinbarung 85% der Gesamtkosten.

Im Einzelnen nachträglich bewilligt wird die Bezuschussung der:

1) Neuverlegung der Strom- und Wasserleitungen im Kinder- und Familienzentrum Eden, Hirschbergstraße in Höhe von 3.597,54 €.

2) Erneuerung der Elektroinstallation im Kinder- und Familienzentrum Eden, Hirschbergstraße in Höhe von 4.384,73 €.

3) Erneuerung der Fenster im Kinder- und Familienzentrum St. Martin, Uhlandstraße in Höhe von 13.541,68 €.

4) Reparatur von Fassaden- und Glasschäden am Gebäude des Kinder- und Familienzentrums St. Martin, Uhlandstraße in Höhe von 5.682,16 €

5) Installation des Sonnenschutzes und der Markise im Kinder- und Familienzentrum St.

Martin, Uhlandstraße in Höhe von 4.541,78 €

6) Dachsanierung am Kindergarten St. Johann, Gänsfußallee in Höhe von 79.511,91 €

7) Brandschutzmaßnahmen im Kindergarten St. Johann in Höhe von 10.674,87 €

8) Dach- und Fassadensanierung im Kindergarten Straßenäcker in Höhe von 34.132,22 €

9) Brandschutzmaßnahmen im Kindergarten St. Josef, Parkstraße in Höhe von 577,16 €

10) Schallschutzmaßnahmen im Kindergarten St. Paulus, Beethovenstraße in Höhe von 856,27 €.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Haller

Beratungsverlauf:

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Bei der Aussprache zum Tagesordnungspunkt vertritt Stadtrat **Dengel** die Auffassung, dass man im vorliegenden Fall den Anträgen zustimme, Anträge aber künftig zeitnah gestellt werden müssen. Zukünftig werde man verjährten Anträgen nicht mehr zustimmen.
Bei ihren Ausführungen schließen sich die Stadträte **Daferner** und **Heer** inhaltlich ihrem Vorredner an. Es müsse sich um einen eimaligen Vorgang handeln.

Stadtrat **Meyer** führt aus, in seiner Fraktion sei Verärgerung über die Vorgehensweise der kath. Kirche vorhanden. Er erkundigt sich nach der Reaktion der anderen Träger in der Trägerkonferenz.

EBM **Seigfried** teilt mit, bei der nachträglichen Bewilligung der Maßnahme handle es sich um eine außerordentliche und einmalige Ausnahme. Man habe dies deutlich in der Arbeitsgruppe angesprochen. Es sei jedem klar was künftig erwartet wird.

Ohne weitere Aussprache lässt EBM Seigfried über die Vorlage Beschluss fassen.

TOP 8	Annahme von Spenden, Schenkungen u.ä. Zuwendungen 1. Halbjahr 2017	Vorl.Nr. 334/17

Beschluss:

1. Die Spende der **Wüstenrot Stiftung** i.H.v. **7.956,- EUR** wird angenommen (lfd. Nr.7).
2. Die Spende der **Wüstenrot Stiftung** i.H.v. **10.000,- EUR** wird angenommen (lfd. Nr. 17).
3. Die Spende der **Volksbank Ludwigsburg** i.H.v. **10.000,- EUR** wird angenommen (lfd. Nr.18).
4. Alle weiteren in der Anlage aufgelisteten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Haller

Beratungsverlauf:

Sachvortrag und Aussprache wird nicht gewünscht, EBM Seigfried lässt über die Vorlage abstimmen.